

RHEIN-SIEG JOURNAL

Senioren Union

Ausgabe Januar 2024



Liebe Mitglieder der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises, ich wünsche Ihnen ein gutes Neues Jahr 2024!

Weltpolitisch zählte das Jahr 2023 sicher zu den schwierigsten seit Ende des Kalten Krieges. Schon 2022 hatte uns der verbrecherische Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vor eine Situation gestellt, die wir

in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts für absolut unmöglich gehalten hätten. Der brutale Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel sorgt für eine gefährliche Eskalation im Nahen Osten.

Angesichts illegaler Krawalle von Hamas-Sympathisanten hierzulande auf unseren Straßen erlauben Sie mir die Feststellung: „Nie wieder ist jetzt!“ Antisemitismus und Israel-Hass haben keinen Platz in unserer Gesellschaft! Es fällt mir schwer, angesichts dieser politischen Lage über unsere Senioren-Union zu schreiben. Dennoch möchte ich es versuchen: Denn heute darf ich mich im Rhein-Sieg-Journal erstmalig als neuer Kreisvorsitzender der Senioren-Union an Sie wenden. Im März 2023 habe ich diese Aufgabe übernommen. Prof. Dr. Cremer, dem die Vereinigung viele positive Impulse zu verdanken hat, musste sein Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und Annette Eichendorf hatte kommissarisch vorübergehend die Vereinigung geleitet. Auf dem Landesdelegiertentag wurde ich im September als Beisitzer in den Landesvorstand Nordrhein-Westfalen gewählt. Ihnen verspreche ich, alle Aufgaben zum Wohl der Mitglieder der Senioren Union Rhein-Sieg wahrzunehmen. Sie haben sicher bemerkt, dass es nun schon ein Jahr her ist, seit wir Ihnen das letzte Journal zugestellt haben. Grund dafür ist ein nicht mehr auskömmliches Beitragsaufkommen im Rhein-Sieg-Kreis.

Der Mindestbeitrag von 2 Euro für CDU-Mitglieder und 2,50 Euro für Nichtmitglieder der CDU ist seit 2004 unverändert und deckt die seitdem um rund 50 Prozent

gestiegenen Kosten bei weitem nicht mehr. Eine Ausgabe des Rhein-Sieg-Journals verursacht Kosten in Höhe von etwa 20 Cent pro Mitglied - in Summe rund 2000 Euro. Wir sehen uns aus diesem und anderen Gründen gezwungen, den Mindestbeitrag ab dem 1. Januar 2024 auf 3 Euro monatlich für alle Mitglieder anzupassen. Wir haben Sie in dieser Angelegenheit bereits kontaktiert und hoffen auf Ihr Verständnis.

Selbstverständlich werden wir für Härtefälle gesonderte Lösungen finden, die unsere Satzung vorsieht.

Wir, die Mitglieder der Altersgruppe Ü60, haben bei den bayerischen Landtagswahlen im Oktober erneut unsere Wichtigkeit als Wählergruppe unter Beweis gestellt. In Bayern hatte die CSU unter den über 60-Jährigen ein Wahlergebnis von 50 Prozent. Dieser Wert hätte selbst Franz-Josef Strauß erfreut.

In Hessen erzielte die CDU in derselben Altersgruppe fast 44 Prozent - 10 Prozent mehr als der Wert über alle wahlberechtigten Altersgruppen hinweg.

Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik die Belange unserer Generation nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt.

Ich war tief enttäuscht, dass beim Landesdelegiertentag der Senioren Union NRW weder ein Vertreter noch eine Vertreterin der Landesregierung ein Grußwort gesprochen hat. Dies wäre bei einer entsprechenden Versammlung der Jungen Union sicher nicht passiert.

Daraus folgt für mich: Wir als Senioren-Union im Rhein-Sieg-Kreis müssen die Politik weiterhin mit Nachdruck auf unsere Belange hinweisen! Dazu zählen Rente, Pflege, Sicherheit, Digitalisierungsproblematiken, die Vereinsamung älterer Menschen und vieles mehr. Wir müssen deutlich machen: Unsere Lebenserfahrung ist ein wertvolles Element für die Gestaltung unserer Gesellschaft.

Und letztlich gilt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ - bis zum letzten Atemzug.

Herzliche Grüße

Ihr Dieter Braun

Neuer Vorstand der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises Prof. Dr. Cremer und Wilhelm Gunkel zu Ehrenvorsitzenden gewählt

Am 26.9.2023 fand in Sankt Augustin eine mit 50 Delegierten gut besuchte Delegiertenversammlung statt, bei der auch der Vorstand neu gewählt wurde.



(Foto: Reinhard Fassbender, Hennef)

Der neue Vorstand besteht neben Dr. Dieter Braun als Vorsitzendem aus den Stellvertretern Brigitte Schächter und Michael Hartmann, die auch operativ die Aufgaben der Mitgliederbeauftragten und des Schatzmeisters wahrnehmen werden.

Angelika Wichert übernimmt die Aufgabe der Geschäftsführerin.

Als Beisitzer und Beisitzerinnen wurden Peter Antkowiak, Marga Basche, Alfons Bogolowski, Dirk Fromm, Susanne Langguth, Wilfried Mühlhausen und Karl Schmitz gewählt.

Dr. Dieter Braun verabschiedete im Rahmen der Veranstaltung die bisherigen vier Vorstandsmitglieder Annette Eichendorf, Leonhard Müller, Uwe Koch und Klaus Hudel und wünschte ihnen alles erdenklich Gute für die Zukunft.



(Foto: Reinhard Fassbender, Hennef)

Ein besonderer Punkt der Veranstaltung war die Wahl von zwei Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises. Der langjährige

frühere Vorsitzende Wilhelm Gunkel (der leider nicht anreisen konnte) und Prof. Dr. Rolf Cremer wurden mit der verdienten Ehre bedacht.

Auftrag von Politik und Medien angesichts polarisierter Debatten



Minister Nathanael Liminski
(Foto: Land NRW / Ralph Sondermann)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Jahr 2021 eine Studie herausgebracht, in der die politische Polarisierung in Deutschland untersucht wurde.¹⁾ Im Ergebnis kommt die Studie zu einem geteil-

ten Befund: Einerseits lassen sich keine tieferen Risse oder Spaltungen in großen Teilen der Gesellschaft, wie wir es beispielsweise in den USA erleben, feststellen. Das ist eine gute Nachricht, auch wenn die Studie bereits zwei Jahre her ist und damit einige aktuelle Krisen und ihre Auswirkungen, wie den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, nicht berücksichtigen konnte. Andererseits kommt die Studie aber auch zu dem Schluss, dass sich das Meinungsspektrum und die Meinungsunterschiede in den letzten Jahren merklich auseinanderbewegt haben.

Auch die Offenheit für die Meinung des Gegenübers oder sich von einer anderen Meinung überzeugen zu lassen und einen Kompromiss zu erreichen, geht in der Breite verloren. Ich vermute, dass wir alle - sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Kontext - eine gewisse Polarisierung der Debatten im Allgemeinen sowie der politischen Diskussionen im Besonderen beobachten können. Es ist die wichtigste Aufgabe der Politik, angesichts der Krisen und der Nachrichtenflut, die wir tagtäglich erleben, vorausschauend zu agieren, sorgfältig Entscheidungen zu erarbeiten und zu treffen, diese zu kommunizieren und zu vermitteln. Der beste Weg, um mit Krisen umzugehen, sind systematische Lösungen und ein kühler Kopf. Immerhin stammt das Wort Krise aus dem Griechischen und heißt übersetzt nichts anderes als Moment der Entscheidung oder eine entscheidende Wendung. Raus aus dem Krisenmodus und rein in systematisches Abarbeiten - das ist es, was Politik in diesen Zeiten leisten muss. Es bereitet mir große Sorge, wenn nach einer aktuellen Umfrage²⁾ des Deutschen Beamtenbundes 27 Prozent der Befragten den Staat für nicht ausreichend handlungsfähig halten, um seine Aufgaben zu erfüllen. Denn das bedeutet, dass nicht mal mehr ein Drittel der Menschen daran glauben, dass Politik ihrer originären

Aufgabe nachkommen kann. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 haben noch 56 Prozent der Befragten an die Handlungsfähigkeit des Staates geglaubt. Ganz besonders sorgenvoll blicke ich auf die Unzufriedenheitswerte in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen: 60 Prozent der Befragten glauben, der Staat sei mit seinen Aufgaben überfordert. Von den über 60-Jährigen glauben dies sogar 70 Prozent. Zu den meist genannten Gründen gaben die Befragten die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Schul- und Bildungspolitik, den Klima- und Umweltschutz, die Gesundheitsversorgung sowie soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit an. Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass sich eine verantwortungsvolle Politik dadurch auszeichnet, Lösungen für Herausforderungen zu entwickeln, die in der Lebenswirklichkeit der Menschen funktionieren.

Damit eng verknüpft ist eine sachliche Vermittlung von Problemen sowie deren Lösung. Dafür braucht es einen vertrauensvollen Raum für verantwortungsbewusste Debatten. Dazu bedarf es einer Medienvielfalt, die perspektivenreiche Berichterstattung und gut recherchierten und ausgewogenen Journalismus in den Fokus rückt. Viele Menschen vermeiden inzwischen bewusst Nachrichten und wollen sich der Flut an negativen Nachrichten nicht mehr aussetzen. Das bedeutet, dass unserer Demokratie gut informierte Bürger verloren gehen.

Immer wieder ist von einem grundlegenden Vertrauensverlust der Menschen in die Medien die Rede. Vielfach gibt es ein Gefühl, dass Journalisten eine eigene Agenda verfolgen, statt zu berichten, was ist. Populisten machen sich das zu Nutze und befeuern das nicht nur bei uns in Deutschland, sondern überall auf der Welt.

Eine Umfrage der Stiftung Neue Verantwortung³⁾ ergab, dass 25 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass Medien und Politik unter einer Decke stecken, ja eine gemeinsame Agenda haben, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren. Weitere 28 Prozent der Befragten sind zumindest skeptisch. Daraus folgt, dass bei einer Mehrheit der Befragten das Grundvertrauen verloren gegangen ist. Die Kraft der Medien als Vermittler und Kritiker stößt damit an ihre Grenzen. Das muss uns alarmieren.

Umso wichtiger sind eine ausgewogene Berichterstattung und ein diskursives Klima. In Deutschland brauchen wir dafür einen starken öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk. Einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der ein breites politisches Meinungsspektrum zulässt und transparent und verantwortungsvoll mit Beitragsgeldern umgeht - und der den privaten Medien ausreichend Luft zum Atmen lässt. Und starke gedruckte Presseerzeugnisse, denn gerade Lokalzeitungen leisten unverzichtbare Beiträge zur ausgewogenen Information.

Ich bin davon überzeugt, dass gutes Regieren auf der Basis von sachorientierten Debatten und der Bereitschaft,

Kompromisse einzugehen, das beste Mittel ist, um Vertrauen und Zuversicht der Bürger zurückzugewinnen. Das ist die handlungsleitende Maxime der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei

Quellen:

¹⁾<https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-polarisierung-in-deutschland>

²⁾<https://www.dbb.de/artikel/vertrauen-in-staatliche-handlungsfahigkeit-auf-tiefpunkt-gewaltbereitschaft-steigt.html>

³⁾Quelle: <https://www.stiftung-nv.de/de/publikation/quelle-internet-digitale-nachrichten-und-informationskompetenzen-der-deutschen>

Schule ist die Zukunftsschmiede unserer nachfolgenden Generationen



Ministerin Dorothee Feller

Foto: Land NRW /R. Sondermann

Trotz der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage wird der Schulhaushalt für das kommende Jahr erhöht.

Er umfasst 22,2 Milliarden Euro und ist somit der größte Einzeletat im Gesamthaushalt des Landes

Nordrhein-Westfalen für 2024. Das ist ein starkes Signal der Landesregierung in Richtung Schulen und ein klares Bekenntnis, hier in die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen und in unseren gemeinsamen Wohlstand zu investieren. Denn unsere Schulen sind die Zukunftsschmiede unserer nachfolgenden Generationen. Sie prägen maßgeblich unseren wirtschaftlichen Wohlstand, aber auch unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir brauchen sie alle: die Dichterinnen und Denker und die Handwerker/-innen sowie die Arbeitnehmer/-innen. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und Teilhabe.

Seit meinem Amtsantritt habe ich bereits mehr als 80 Schulen in Nordrhein-Westfalen besucht, um mir einen persönlichen Eindruck zu verschaffen. Als Ministerin für Schule und Bildung ist es mir sehr wichtig, nicht nur Akten zu studieren, sondern unmittelbar vor Ort zu erfahren, wie die Situation an unseren Schulen tatsächlich ist. Ich habe Gespräche geführt mit Bezirksregierungen, kommunalen Schulträgern, Schulleitungen, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, ihren Eltern sowie mit vielen Verbänden. Dabei ist deutlich geworden, mit welchen Herausforderungen sie im Schulalltag zu tun haben, aber auch, mit welcher Leidenschaft, Kreativität und Innovationsfreude sie den Schulalltag gestalten. Für diese vertrauensvollen Gespräche bin ich sehr dankbar. Denn sie zeigen, an welchen Stellen Schulen Unterstützung

benötigen, aber auch, welche Potenziale für unsere Gesellschaft in ihnen stecken.

Zu den aktuellen Herausforderungen gehören u.a. der Fachkräftemangel, die Digitalisierung, die Integration von jungen zugewanderten Menschen, die Förderung der Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und die Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Hinzu kommen immer wieder aktuelle Ereignisse, die unsere Gesellschaft und damit selbstverständlich auch unsere Schulen prägen - wie bspw. der Nahost-Konflikt. Hier sind unsere Schulen besonders gefragt, Schülerinnen und Schüler im Umgang mit den Informationen und Perspektiven, die sie jeweils mitbringen, ganz eng zu begleiten. All diese Herausforderungen sind nur beispielhaft, zeigen aber, dass wir sowohl kurzfristige Maßnahmen benötigen, die zeitnah wirken, als auch langfristige Maßnahmen, die nachhaltig sind und unsere Schulen auf ein sicheres Fundament stellen.

Dazu gehört für mich als Ministerin für Schule und Bildung zum einen, dass wir unsere Schulleitungen und Lehrkräfte besser unterstützen und zum anderen unsere Schülerinnen und Schüler stärker in ihren Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen fördern. Denn sowohl die Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte als auch die Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler sind wichtig, um den weiteren Herausforderungen in unserem Schulsystem zu begegnen und jungen Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihres familiären Hintergrunds oder einer Behinderung gute Startchancen im Leben zu ermöglichen.

Zu einer verbesserten Unterstützung unserer Schulleitungen und Lehrkräfte haben wir das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ auf den Weg gebracht, das den Fokus auf die Gewinnung von Lehrkräften, die Wertschätzung und Entlastung von bereits vorhandenem Personal und dienstrechtliche Maßnahmen legt. Zu den dienstrechtlichen Maßnahmen gehört u.a. die Abordnung von Lehrkräften. Mir ist bewusst, dass gerade die Abordnung unterschiedlich bewertet wird - je nachdem, welche Sichtweise ich einnehme: abgebende oder aufnehmende Schule. Dennoch tragen sie vor allem dazu bei, Schulen **mit hohem Fachkräftemangel zu entlasten. Besonders die** Grundschulen haben davon bisher profitiert. Allen Beteiligten, vor allem den Lehrkräften, die sich auf den Weg gemacht haben, ein ganz herzliches Dankeschön!

Ihre Bereitschaft zur Abordnung ist sehr erfreulich. Denn hier werden die Basiskompetenzen vermittelt und die Weichen für die weitere Bildungsbiographie gestellt. Dass viele Schülerinnen und Schüler an Grundschulen laut aktueller IQB-Studie leider jedoch große Schwächen beim Lesen, Schreiben und Rechnen haben, beschäftigt uns sehr. Fehlen wichtige Grundvoraussetzungen für den schulischen Start ins Leben, werden Lebenschancen verhindert. Deshalb haben wir in diesem Jahr neben dem Handlungskonzept „Unterrichtsversorgung“ auch das

Konzept „3 x 20 Minuten Lesen“ auf den Weg gebracht, das den Grundschulen umfangreiche Materialien zur Förderung der Lese- und Schreibkompetenzen zur Verfügung stellt. Ein Teil dieser Materialien ist ganz bewusst so konzipiert, dass es auch für die 5. und 6. Klassen und darüber hinaus angewandt werden kann. Der Basiskompetenz „Rechnen“ werden wir uns als nächstes widmen. Zudem sieht der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr 8 Millionen Euro vor, um die Basiskompetenzen der Grundschülerinnen und Grundschüler weitergehend zu fördern.

Wir nehmen aber nicht nur die Grundschulen in den Fokus, sondern werden parallel auch alle anderen Schulformen im Blick behalten und schauen, wie wir hier zur Entlastung und Unterstützung der Lehrkräfte beitragen können. Denn mit Blick auf die gesamte Bildungsbiographie junger Menschen ist es wichtig, vom Schulstart bis zum Übergang von der Schule in den Beruf gemeinsam an einer besseren Unterrichtsversorgung zu arbeiten.

Trotz aller Herausforderungen und berechtigter Kritik dürfen wir das Eine jedoch nicht vergessen: Die Menschen, die den Schulalltag prägen, sind hochengagiert und geben jeden Tag ihr Bestes, um Schule zu einem Ort der Begegnung zu machen, wo Lehrkräfte Vorbilder sind und Schülerinnen und Schüler zu eigenständigen, selbstbestimmten und gesellschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt lebt von gemeinsamen Werten und einem gemeinsamen Demokratieverständnis. Bildung ist der Schlüssel zur Sicherung unseres Wohlstands; Bildung ist aber auch der Schlüssel zur Sicherung eines friedlichen, gemeinsamen Zusammenlebens. Schule ist eben nicht nur Schule, sondern die Zukunftsschmiede unserer nachfolgenden Generationen, die darüber entscheiden, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt; sowohl wirtschaftlich als auch sozial.

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen, Völkinger Str. 49, 40221 Düsseldorf

Die Rolle der Senioren-Union innerhalb der CDU



Helge Benda
(Foto: SenU NRW)

Ein Rückblick: Ein Lied des WDR-Kinderchors sorgte Ende 2019 für viele kritische Kommentare im Netz. Bei dem Song handelt es sich um eine Parodie eines bekannten Kinderlieds. In dem Lied

singen die Kinder unter anderem: "Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad. Das sind tausend Liter Super jeden Monat. Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau." Die darauffolgenden Strophen handeln ebenfalls über vermeintlich umweltschädliches Verhalten: Die Oma fahre mit einem SUV beim Arzt vor, "überfährt dabei zwei Opis mit Rollator" und brate sich "jeden Tag ein Kotelett, weil Discounterfleisch so gut wie gar nix kostet." Unser damaliger Ministerpräsident Armin

Laschet kommentierte „das Lied habe Grenzen des Stils und des Respekts gegenüber Älteren überschritten. Jung gegen Alt zu instrumentalisieren sei nicht akzeptabel.“ Das Lied ist schließlich aus dem Netz genommen worden.

Leider bleibt schließlich: Ein relativ großer Anteil der Bevölkerung hat einer Umfrage aus dem Ende des Jahres 2022 zufolge negative Einstellungen gegenüber älteren Menschen: 41 Prozent sind demnach der Ansicht, alte Menschen sollten "sich damit abfinden, dass sie alt sind, anstatt zu versuchen, jung zu wirken". Fast jeder Dritte stimmte Aussagen zu wie: Ältere sollten "Platz machen für die jüngere Generation, indem sie wichtige berufliche und gesellschaftliche Rollen aufgeben" und "keine Last für andere und die Gesellschaft werden".

Geistige Haltungen, die uns schaudern lassen.

Und Ereignisse, die sogar der SPIEGEL im März dieses Jahres zu einer Titelgeschichte nutzte, unter dem Titel „Übergangen, gemobbt, abserviert: Wie Ältere diskriminiert werden“.

All dieses zeigt, wie extrem wichtig unsere Arbeit mit und für eine immer größere Gruppe von Senioren in Deutschland ist. Deshalb müssen wir es immer wieder laut sagen: Ältere Menschen sind keine Last, sondern ein Gewinn für die Gesellschaft.

Aber natürlich geht es uns nicht nur um die Senioren, sondern auch um unsere Zusammenarbeit mit der Jugend. Unser heutiger Ehren-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff hat dieser Tätigkeit immer eine hohe Beachtung geschenkt. Auch ich sage deshalb: Der „Dialog der Generationen ist heute wichtiger denn je“.

Und eines darf uns aus diesen Gründen nicht egal sein: das Werben von neuen Mitgliedern. Einige Kreisverbände haben jetzt nach der Zwangspause durch Corona

damit gute Erfolge: denn viele Menschen sagen, die Entwicklung Deutschlands ist uns nicht egal. Und auch wir stehen dafür ein, dass es wieder Lichtblicke gibt. Im Übrigen ist Zusammenkommen das Gegenteil von Einsamkeit.

Ich habe in einem schmalen Band des bekannten deutschen Soziologen Hartmut Rosa einen wichtigen Satz gelesen: Die Bitte von König Salomon „gib mir ein hörendes Herz“ i (1. Könige 3,9, Jahresmotto des Bistum Würzburg 2022) sei heute wichtiger denn je. Rosa sagt, früher habe er gedacht, Jeder brauche nur eine Stimme, um gehört zu werden, nein, heute komme er mehr und mehr zu der Ansicht, man brauche auch Ohren, um Andere und andere Stimmen zu hören. Nur so funktioniere eine Gesellschaft.

Also steht vielerlei auf unserer Aufgabenliste: Es geht um eine zukunftsfeste Altersvorsorge, es geht um eine gute und flächendeckende medizinische Versorgung in Stadt und Land gleichermaßen, es geht um die Förderung digitaler Kompetenz und um die Nutzung digitaler Werkzeuge auch durch uns, die ältere Generation. Und schließlich geht es auch um die wichtige Frage des Wohnens im Alter und da auch immer um die Finanzen. Es ist an uns, Probleme aktiv anzugehen und damit deutlich für unsere Demokratie einzustehen. Wir kennen noch die Zeit, als Demokratie und Menschenrechte ferne Begriffe waren. Dazu darf es nie mehr kommen! Ich möchte deshalb einige Punkte skizzieren, die wir mit großer Konzentration in den kommenden Jahren ausdauernd angehen müssen.

1957 wurde die erste große Rentenreform seit dem Zweiten Weltkrieg im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es wurde eine „epochenmachende Strukturreform“, die die gesetzliche Altersvorsorge in Deutschland auf eine völlig neue Grundlage stellte.

Seitdem hat es eine Vielzahl von Rentendiskussionen und -reformen gegeben, nicht immer dienten sie der Sicherheit und Verlässlichkeit für die älteren Menschen.

Wir müssen letztendlich dafür sorgen, dass die rentenfremden Komponenten aus der Rentenkasse entfernt werden. Eine Idee wäre es zum Beispiel auch, gleich nach der Geburt eines Menschen mit der Einzahlung in die Rentenkasse zu beginnen.

Ein weiterer Punkt unserer To-do-Liste: Einsamkeit hat viele Gesichter. Es erfasst vor allem Ältere. Die Dresdner Psychotherapeutin Astrid von Friesen sagt: „Das ist ja ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts. Es wird schon von der Volksseuche Nummer eins gesprochen, und in England gibt es ja bereits ein Ministerium gegen die Einsamkeit.“

Wir fordern weiterhin das Angebot von Senioren-Tagesplätzen zu vergrößern. Senioren-Einrichtungen sollten ihre Angebote auch für die in der Umgebung wohnenden älteren Mitmenschen öffnen.

Mit der Pflegeversicherung ist auch das nächste zentrale Aufgabenfeld unserer gemeinsamen Arbeit umrissen. Auch hier ist Handlungsbedarf gegeben. Wir sind die jüngste Vereinigung der CDU, aber sicher auch diejenige mit der nahezu größten „Arbeitsliste“. Ich schließe diesen Artikel gerne mit einer Kernaussage unseres bisherigen Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff in vielen seiner Reden: Es lebe unser geliebtes deutsches Vaterland, in einem vereinten Europa, im friedlichen Miteinander mit den Völkern der Welt.

Helge Benda, stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender Senioren-Union NRW

Afrika: Wem hilft Entwicklungshilfe wirklich?



Dr. Lütke-Entrup
(Foto: privat)

Einleitung

Immigration aus Afrika einerseits und Entwicklungshilfe (EH) andererseits sind aktuelle politische Themen. Besonders männliche junge Erwachsene verlassen ihre Heimat nicht aus politischen, sondern oft aus wirtschaftlichen Motiven. Sie suchen nach besseren Lebensbedingungen in Europa, besonders in Deutschland, wo sie von einem großzügigen sozialen Netz profitieren. Viele Asylanten erhalten

einen negativen Bescheid, können jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Sie werden geduldet und kosten den Bund, die Länder und Gemeinden viel Geld, was sinnvoller für Projekte in den Herkunftsländern selbst verwendet werden könnte. Die Beseitigung von illegaler Immigration muss zu einer wichtigen entwicklungspolitischen Aufgabe werden, d.h. die Lebensverhältnisse in Afrika müssen sich so verbessern, dass junge Afrikaner ihr Land nicht verlassen, sondern Chancen auf berufliche Ausbildung, Arbeit und Einkommen erhalten und ihnen ein würdiges Erwachsenenleben ermöglicht wird.

Bewertung / Kritik

Die bisherigen Formen der EH hatten alle ihre sporadischen Vorteile, aber auch ausgeprägte Schwächen. Die staatliche Hilfe, besonders die sog. Budgethilfe, führte häufig zu Fehlverwendungen seitens korrupter Politiker und gesellschaftlicher „Eliten“, ließ Erfolgskontrollen nicht zu, bevorzugte prestigefördernde „Regierungsprojekte“ und erreichte nicht das Hauptziel von EH, nämlich Verbesserung der Lebensbedingungen einer vernachlässigten, armen Bevölkerungsmehrheit. Zu dieser

negativen Erfahrung gibt es Ausnahmen: Entwicklungsbewusste Länder weisen beachtliche Erfolge auf, z.B. Botswana, Ruanda, Ghana....

Multilaterale Hilfe ist breiter angelegt, kann politisch neutraler sein und unterliegt deshalb weniger den Interessen von „Nehmerländern“; doch auch sie ist nicht geschützt vor korrupter Fehlverwendung.

Nichtstaatliche Organisationen wie z.B. die kirchlichen Hilfswerke, christliche Orden, politische Stiftungen etc. zeichnen sich durch besondere Wirksamkeit und Nachhaltigkeit aus; sie erschließen ein weites Feld entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit ausgesuchten Partnerorganisationen (z.B. Frauenverbände, Genossenschaften). Nichtstaatliche EH hat einen besseren Ruf als staatliche; sie hat sich oft schon deshalb bewährt, weil einheimische Projektpartner Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht haben. Einen sehr guten Ruf haben NGO-Projekte, die sich um Erziehung, um schulische und berufliche Ausbildung kümmern. Zu bedauern ist, dass solche Projekte wenig Unterstützung seitens ihrer Regierungen erhalten und deshalb die notwendige Breitenwirkung nicht erzielt wird.

Fachleute mit jahrelanger Erfahrung fordern entwicklungspolitisches Umdenken. Kritische Stimmen melden sich auch aus Afrika selbst. Der kenianische Ökonom James Shikwati plädiert für eine radikale Abkehr von der finanziellen Hilfe an afrikanische Staaten. Er sagte in einem Interview: „Hört endlich auf mit Eurer großzügigen Hilfe an afrikanische Regierungen, denn sie schadet mehr als dass sie nützt; Entwicklungshilfe hat Afrika abhängig gemacht und schädliche Machtstrukturen verfestigt.....“ . Humanitäre Hilfe und auch die Arbeit von NGOs nimmt er von seiner Kritik deutlich aus. Die zambische Ökonomin Dambisa Moyo hält „normale, ständig fließende Entwicklungshilfe“ für eine „tödliche Gefahr“. Sie fordert „Markt statt Almosen“; EH in bisheriger Form sei die Ursache dafür, dass Afrika dem Teufelskreis von Korruption, Krankheiten, Armut und Abhängigkeit nicht entkommen ist; auch sie nimmt NGOs und humanitäre Hilfen von ihrer Kritik aus. Akua Djanie (Ghana) warnt vor einer gefährlichen „Bettlermentalität“, die Selbsthilfe und Eigeninitiative zerstöre.

Fazit

Die Frage, wem die EH wirklich nützt, lässt sich, auch anhand einschlägiger Fachliteratur, wie folgt beantworten:

Die bisher übliche Form staatlicher Hilfe sollte beendet werden. Sie hat selten zu guten Projekten geführt; in vielen Ländern ist sie in korrupter, krimineller Weise missverwendet worden. Diese Hilfe hat also der eigentlichen Zielgruppe der EH, der armen Bevölkerung, nicht geholfen.

Eine nicht überschaubare Anzahl von Hilfsorganisationen beschäftigt sich mit EH. In dieser Entwicklungsbranche arbeiten Zehntausende von Menschen. Sie erhalten ihre Gehälter aus Mitteln der EH und führen, wenn sie als „Experten vor Ort“ tätig sind, ein recht auskömmliches Leben. Ein guter Teil der Hilfsgelder verbleibt also in den reichlich mit Personal ausgestatteten Hilfsorganisationen. Es stellt sich hier die Frage, ob nicht gut ausgebildete einheimische Kräfte eine bessere Lösung sein könnten als die vielen teuren „Entwickler“ aus den Industrieländern. EH für Ausbildungszwecke vor Ort wäre eine bessere Verwendung als die sehr teure Finanzierung des sog. sozialen Netzes für geduldete Immigranten in Deutschland.

Viele EH-Organisationen beschäftigen Ortskräfte. Sie erhalten ihre Löhne von den Hilfsorganisationen; ihre Einkommen liegen in aller Regel über den in ihrem Land üblichen, was ihre Arbeit zu einem begehrten „Job“ macht. Diese Ortskräfte zeichnen sich oft aus durch wertvolle lokale Kenntnisse und Erfahrungen, durch kulturelle Nähe zu den Menschen, für die sie arbeiten. Auch ihnen hilft die EH, was nicht pauschal kritisiert werden sollte.



Schneiderei



Drehbank / Maschinenbau



Tischlerei



EDV / IT-Technologie

Viele NGOs arbeiten im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung. Sie eröffnen berufliche Perspektiven und verbessern die individuelle Lage vieler Menschen. Ihre Entwicklungsarbeit ist hilfreich für das Land und seine Bevölkerung. Die Grundsätze „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Fordern und Fördern“ haben sich in Projekten beruflicher Ausbildung und anschließender Vermittlung qualifizierter Arbeit oder in der Hilfe bei Gründungen von kleinen/mittleren Unternehmen beispielhaft bewährt! Förderung und beratende Unterstützung solcher Projekte ist wirksame Hilfe. Als besonders positive Beispiele seien hier Projekte der Salesianer Don Boscos in Kenia erwähnt (siehe Fotos).

Misserfolge der EH haben Afrika die Bezeichnung „*Fass ohne Boden*“ beschert. Zu hoffen ist, dass die „Geberländer“ verstärkt Einfluss nehmen auf die Verwendung ihrer Hilfe und dass in den „Nehmerländern“ entwicklungspolitische Verantwortung und Fachkompetenz seitens der Regierungen (*good governance*) so zunehmen, dass EH eine nachhaltige und dauerhafte Entwicklung ermöglicht. Erst dann kann man sagen, dass die Hilfe wirklich geholfen hat.

Zusammenfassend gilt, dass es trotz aller Misserfolge keine Alternative zu weiterer, auch deutscher EH, für Afrika gibt - sofern sie aus entwicklungspolitischen Fehlern lernt und besonders NGOs unterstützt, deren Ziel es ist, die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. EH verdient nur dann ihren Namen, wenn sie dazu beiträgt, folgende Hauptziele zu erreichen: Vermeidung von Hunger durch ausreichende Nahrungsproduktion, bessere Wasserversorgung und angepasstes Gesundheitswesen, gute Schul- und berufliche Ausbildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung der Familienplanung etc. - und nicht zuletzt Regierungen, die diese Ziele ernsthaft erreichen wollen.

Dr. Joseph Lütke Entrup, Senioren-Union Neunkirchen-Seelscheid (viele Jahre als Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in afrikanischen Ländern tätig)

Sind Sie ein moderner Senior? Wie ein Begriff sich derzeit verändert.



Dirk Fromm
(Foto: privat)

Als Vorsitzender der Senioren-Union Bornheim treffe ich bei Gesprächen mit älteren Menschen, und der Frage, ob Sie bei der Senioren-Union der CDU mitwirken möchten, allein schon durch den Begriff „Senior oder Seniorin“ auf überraschte Gesichter. Die Antwort auf meine Frage heißt häufig: „Ich bin doch kein Senior oder keine Seniorin!“.

Meine Feststellung zum Begriff Seniorin oder Senior wird also von den meisten älteren Menschen eher negativ bewertet und mit alt, nicht mehr so fit, Rentner etc. in Verbindung gebracht.

Diesen Vorurteilen möchte ich widersprechen und habe mich bemüht (bin selber schon über 70) zu ergründen, was man heute unter einen „modernen Senior“ versteht. Da ich mich nicht als Senior, geschweige denn alt fühle, ging meine erste Frage dahin, wie die künstliche Intelligenz (KI) uns sieht? Was ist ein Senior war folglich meine

erste Frage. Nach ChatGPT sind Senioren und Seniorinnen:

„Ältere Menschen, oft erfahrene und weise Personen, die in ihrem Leben bereits viele Erfahrungen gemacht haben. Sie haben oft eine lange berufliche Laufbahn hinter sich und verfügen über einen großen Schatz an Wissen und Lebenserfahrung.

Ein Senior ist in der Regel eine respektierte und geachtete Person in der Gesellschaft, die aufgrund ihres Alters und ihrer Erfahrungen eine gewisse Autorität und Weisheit verkörpert. Sie sind oft eine wichtige Quelle der Unterstützung und des Ratgebers für jüngere Generationen. Im Alter können Senioren auch mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sein, wie körperlichen Einschränkungen oder gesundheitlichen Problemen.

Dennoch sind sie in der Regel fähig und engagiert, ein erfülltes Leben zu führen und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Senioren spielen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, sei es als Familienmitglieder, Freunde, Berater oder Aktivisten. Ihre Erfahrungen und Weisheit sind von unschätzbarem Wert und sollten respektiert und geschätzt werden“, so die Antwort von ChatGPT auf meine Frage zum Begriff Senioren.

Das klang für mich ja schon mal positiv, aber es entsprach nicht dem, was ich wirklich bin und will. Also war die nächste Frage an ChatGPT – was ist ein moderner Senior? Die Antwort lautete: *„Ein moderner Senior ist eine Person, die aktiv, engagiert und aufgeschlossen ist, trotz ihres fortgeschrittenen Alters. Es ist jemand, der die Vorteile der modernen Technologie und des Internets nutzt, um mit der Welt in Verbindung zu bleiben und sich weiterzubilden. Ein moderner Senior ist oft in sozialen Medien präsent, hält sich über aktuelle Nachrichten auf dem Laufenden und nutzt mobile Apps für verschiedene Zwecke wie Gesundheitsüberwachung, Reisen und Kommunikation. Es ist jemand, der offen für neue Ideen und Erfahrungen ist, neue Fähigkeiten erlernt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Ein moderner Senior wünscht sich ein erfülltes, aktives und unabhängiges Leben, unabhängig von seinem Alter“*.

Da hat die künstliche Intelligenz mir schon aus dem Herzen gesprochen und vieles, was hier beschrieben ist, trifft auf mich oder auch auf die Mitglieder unserer Senioren-Union der CDU zu. Senioren sind heute agiler als früher. Die Generation 60+ ist gesünder, aktiver und fühlt sich jünger als je zuvor. Die Vorstellung, dass alte Menschen zwangsläufig passiv und gebrechlich sind, stimmt längst nicht mehr. Zu den häufigsten Aktivitäten der Senioren gehören nach einer GfK-Studie auch, sich in Vereinen oder anderen Gruppen zu engagieren. Mehr als ein Viertel übt zudem ein Ehrenamt aus.

Zudem sind wir als Senioren und Seniorinnen „frei“, wir haben den Zwang des beruflichen Alltags abgelegt. Wir

können tun, was wir wollen. Endlich haben wir Zeit für uns, unsere Interessen und Hobbys. Auch Zeit, sich politisch zu engagieren. Nicht über Politik zu schimpfen, sondern selbst Akzente zu setzen, sich in die Politik der Kommune einbringen und selbst, über die Senioren Union der CDU, Einfluss auf die Politik zu nehmen. In unseren Veranstaltungen erfahren Sie, was politisch, kulturell oder z.B. verkehrstechnisch in Bornheim passiert. Themen wie Sicherheit im Internet und sozialen Medien, sicher E-Bike fahren über 60, Diskussionen mit Politikern und Politikerinnen der Kommune und des Landes oder auch Ausflüge ins Landesparlament oder in den Bundestag stehen unter anderem auf unserer Planung für 2024.

Sind Sie ein moderner Senior, dann machen Sie bei uns mit!

Wir freuen uns auf Sie!

Dirk Fromm, Vorsitzender der Senioren-Union der CDU in Bornheim

Wie sieht die Mobilität der Zukunft aus?



Stephan Zieger
(Foto: CDU Wachtberg)

Immer wenn wir uns das fragen, sehen wir Flugtaxis und surrende Elektrofahrzeuge durch die Gegend fahren oder fliegen. Allein wegen der vielen Flugtaxis wird gerade in den Ballungsräumen keine Staus mehr. Eine goldene Zukunft. Leise, frei von Emissionen und klimafreundlich.

Schauen wir uns die Pläne der EU-Kommission und der Bundesregierung an, wird die Geräuschkulisse schon etwas lauter. 10 Millionen Elektroautos sieht die Bundesregierung im Jahre 20230 in Deutschland herumfahren. 15 Millionen im Jahre 2035. Dann tritt auch das sogenannte Verbrennerverbot in Kraft, also die Auflage, dass keine neuen Verbrennerfahrzeuge mehr verkauft werden dürfen. Und Flugtaxis sind immer noch nicht in Sicht ... Stimmen die Planzahlen, dann ist 2030 ein knappes Viertel und 2035 ein knappes Drittel der Fahrzeuge in Deutschland ein Stromer. Die bundesdeutsche Fahrzeugflotte ist im Jahre 2023 etwa 47 Millionen Fahrzeuge stark. Etwas mehr als eine Million ist elektrisch in irgendeiner Form. Das für 2035 anvisierte Ziel ist schon sehr ambitioniert. Zu klären sind bei der Elektrifizierung des Verkehrs vor allem Fragen der Rohstoffe und der Verfügbarkeit von grünem Strom in Deutschland. Ursache für diese Anstrengungen ist die Vermeidung oder Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Der Verkehr ist

insoweit ein wichtiger Bereich. Schauen wir uns die Zahlen europa- bzw. weltweit an, liegt die Zahl der Verbrenner in Europa bei über 300 Millionen und weltweit bei ca. 1,3 Milliarden.

Mit diesen Fragen setzte sich die Wachtberger Senioren-Union in einer Veranstaltung auseinander. Stephan Zieger, Geschäftsführer des Bundesverbandes Freier Tankstellen e.V., zu dem 2.800 Tankstellen in Deutschland mit knapp 17 % Marktanteil gehören, zeigte auf, welche Möglichkeiten einer klimafreundlichen Mobilität es außerhalb der reinen Elektrifizierung des Verkehrs gibt. Denn, und da war er sich sicher, Strom muss in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Mehr als bisher. Er muss grün sein, denn sonst gibt es keine Klimaeffekte. Angesichts der vielen Wirtschaftsbereiche, die grünen Strom benötigen, ist dies eine große Herausforderung. Die kann nur beantwortet werden, wenn man keine Möglichkeit ausschließt. Und Deutschland ist insoweit nur eine Blaupause für die globalen Herausforderungen. Dort ist die Frage des ausreichend vorhandenen grünen Stroms noch schwieriger zu beantworten.

Globale Herausforderungen bedürfen globaler Lösungsansätze. Klingt einfach, ist aber eine der wohl größten Aufgaben, vor der wir aktuell stehen. Die meisten Experten sind sich einig, dass eine gesamtgesellschaftlich umsetzbare Antwort auf die Frage der Energieversorgung nur aus einem sauberen Energiemix bestehen kann. Hier können flüssige Kraftstoffe helfen. Indem wir sie durch synthetische Kraftstoffe ersetzen. Diese Kraftstoffe haben das Potenzial, hierzu einen erheblichen Teil beizutragen. Man unterscheidet wir zwischen E-Fuels (Power-to-X, PtX) und biobasierten, synthetischen Kraftstoffen wie Hydrotreated Vegetable Oils (HVO).

E-Fuels sind synthetisch erzeugte flüssige Kraft- und Brennstoffe auf Basis von Wasserstoff und Kohlendioxid (CO₂). Sie werden mit Hilfe von erneuerbarem Strom wie Wind und Sonne in den Regionen hergestellt, in denen die regenerative Energie quasi unbegrenzt zur Verfügung steht. Das Kohlendioxid kann beispielsweise aus der Luft oder aus Industrieprozessen genutzt werden. So wird bei ihrer Verbrennung kein zusätzliches CO₂ frei, sondern nur das, was bei ihrer Herstellung vorher gebunden wurde. E-Fuels gelten deshalb als CO₂-neutral.

Es gibt unterschiedliche Verfahren für die Herstellung: E-Fuels benötigen zunächst Wasserstoff („Wasserstoff-Folgeprodukte“), der wiederum mittels Elektrolyse aus Wasser gewonnen wird. Für die Elektrolyse von CO₂-neutralem Wasserstoff wird Strom aus erneuerbarer Energie verwendet. Ein Herstellungsprozess ist die Fischer-Tropsch-Synthese. Hier wird der Wasserstoff mit Kohlendioxid verbunden und so zu einem flüssigen Kraftstoff synthetisiert. Es gibt darüber hinaus den Weg über die sogenannte Methanisierung.

E-Fuels sind sehr praxistauglich, weil sie chemisch herkömmlichen (fossilen) Kraftstoffen ähnlich sind: Sie sind leicht zu transportieren, sie können problemlos in den Motoren verwendet sowie in Tankstellen schnell und sicher getankt werden. Ein kostspieliger und zeitaufwendiger Aufbau einer neuen Infrastruktur ist nicht notwendig. E-Fuels erzielen aufgrund ihrer hohen Energiedichte eine ähnlich große Reichweite wie fossile Kraftstoffe.

Gerne wird als Kritikpunkt bei E-Fuels das Thema Effizienz aufgeführt und dabei nicht auf die Gesamtsystemeffizienz eingegangen. Effizienz ist jedoch nur relevant, wenn ein Mangel an einer Ressource besteht. Weltweit gibt es allerdings keinen Mangel an grüner Energie. Bei der Betrachtung der Gesamtsystemeffizienz ist also wichtig, wo der grüne Strom produziert wird. Entweder fährt ein Elektroauto mit ineffizientem deutschen Grünstrom. Dann gleicht die hohe Effizienz des Elektromotors die Verluste der Stromproduktion aus. Oder Deutschland importiert grüne Energie aus Regionen, in denen sich Grünstrom sehr effizient „ernten“ lässt. Die Gesamtsystemeffizienz bewegt sich in beiden Fällen auf ähnlichem Niveau.

Doch ab wann wird es E-Fuels an deutschen Tankstellen geben? Das lässt sich schwer sagen. Kleinere Anlagen sind bereits in Betrieb, allerdings fehlen die politischen Rahmenbedingungen, um Unternehmen die Investitionssicherheit zu bieten, die für den Markthochlauf notwendig ist. Sollte dieser gelingen, werden sich voraussichtlich auch die Preise an die von fossilen Kraftstoffen annähern. „Wenn wir den Markthochlauf von synthetischen Kraftstoffen erst einmal geschafft haben, dann werden die Literpreise vergleichbar mit dem von fossilen Kraftstoffen sein. Damit ermöglichen wir dem Verbraucher nicht nur eine klimafreundliche, sondern auch eine bezahlbare Mobilität“, ist Stephan Zieger überzeugt.

Bereits heute an vielen Tankstellen verfügbar sind biobasierte synthetische Kraftstoffe. Unter anderem unter den Produktnamen KlimaDiesel, DieselProtect 25 und Diesel Maxx verkaufen einige mittelständische Tankstellen HVO als Beimischung oder in Reinform. Der Kraftstoff wird aus erneuerbaren und nachhaltigen Quellen wie Pflanzenölen, pflanzlichen und tierischen Fetten oder wiederverwertbaren Abfallstoffen wie Speiseölen und Fettresten hergestellt und ist damit eine Alternative zum rein fossilen Dieselmotorkraftstoff. Als Beimischung spart er bis zu 25 Prozent CO₂-Neuemissionen im Vergleich zu herkömmlichem Dieselmotorkraftstoff und kann in allen Dieselfahrzeugen ohne Umrüstung getankt werden.

HVO100 besteht zu 100 Prozent aus Abfallstoffen und ist somit frei von Erdöl. Im Vergleich zu fossilem Diesel sinken die CO₂-Neuemissionen um bis zu 90 Prozent. Diese

Kraftstoffe zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass sie besonders wenig Energie für den Herstellungsprozess benötigen, weil der Abfallstoff bereits sehr viel Energie mitbringt. Hinsichtlich der Energieeffizienz sind solche Kraftstoffe deshalb unerreichbar. Daher kann man diese Kraftstoffe auch in Ländern herstellen, in denen es noch keine Überschüsse an erneuerbarer Energie gibt.

Allerdings ist HVO – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern – in Deutschland (noch) nicht für den freien Verkauf an Tankstellen, sondern nur an einen geschlossenen Nutzerkreis zulässig. Die Ampelregierung hat sich jedoch im Frühjahr 2023 darauf geeinigt, die DIN EN 15940 (Norm Kraftstoffe – Paraffinischer Dieselmotorkraftstoff aus Synthese oder Hydrierungsverfahren – Anforderungen und Prüfverfahren) in die 10. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) aufzunehmen. Damit werden künftig sogenannte paraffinische Kraftstoffe wie E-Fuels und innovative Biokraftstoffe wie Hydrotreated Vegetable Oils (HVO) bis hin zur Reinform – und nicht wie bisher nur als begrenzte Beimischung bis zu 26 Prozent – zum Verkauf an Tankstellen zugelassen.

Stephan Zieger, Geschäftsführer BFT Bundesverband Freier Tankstellen.

Quellen:

www.fuel-today.com, www.efuels-forum.de, www.klima-kraftstoffe.de, www.bft.de

Tabu-Bruch bei Kaffee und Kuchen



Dr. Susanne
Haase-Mühlbauer

Das Café T.O.D. ist seit **vierzehn** Jahren mehr als ein Trauercafé auf dem Siegburger Nordfriedhof: Der Verein „TOD.UND.LEBEN e.V., Siegburg“ bietet mit dem Café T.O.D. einen Kreativ-Pool an sozialen, philosophischen und künstlerischen Themen und erzählt Geschichte(n) hinter Gräbern und Grabsteinen. Zugegeben - der Name lässt manchen Besucher zunächst ein wenig schlucken. Ein Café, das den Tod im Titel trägt, ist sicherlich eher ungewöhnlich. Doch der Name lässt innehalten

und bei genauem Hinschauen entdeckt man die Abkürzungspunkte zwischen den drei Buchstaben. Sie verraten, dass da mehr ist als nur der Tod. Hinter dem Namen „Café T.O.D.“ verbirgt sich eine Haltung. Im Café T.O.D. kann man **Tabus Offen Diskutieren**.



„Der Tod wird in unserer aufgeschlossenen Gesellschaft leider noch immer viel zu sehr tabuisiert“, sagt Andrea Müller-Battermann. Vor 14 Jahren gründete die damalige Leiterin

des Siegburger Standesamts das Café T.O.D. „In meinem Amt war ich über vierzig Jahre, also ein ganzes Arbeitsleben lang, zuständig für Hochzeiten und Friedhofsangelegenheiten“, erklärt sie mit einem Lächeln. „Dabei gehört das eigentlich gar nicht zusammen!“. Doch durch die Nähe der beiden Amtsangelegenheiten erlebte die städtische Beamtin nicht nur die Freude und Euphorie, mit der sich junge Paare bei ihr um einen Hochzeitstermin in Siegburg bemühten. Sie erlebte auch die Trauer und Verzweiflung, mit der die meisten Hinterbliebenen in den ersten Wochen und Monaten nach dem Tod ihres geliebten Angehörigen zu kämpfen haben. „Ich hatte immer ein offenes Ohr, aber leider viel zu wenig Zeit zum Zuhören“, sagt Müller-Battermann heute. Gemeinsam mit Roswitha und Walter Kühn, Uschi Stenz und Lydia Helbig entwickelte sie dann 2009 den Gedanken, eine Art Trauercafé zu gründen, auch wenn die meisten unter den Ehrenamtlichen, die den Gedanken später gemeinsam umsetzten, keine ausgebildeten Trauerbegleiter sind. „Es sollte ein Café sein, in dem man seine Tränen nicht verstecken muss“, sagt Vorstandsmitglied Uschi Stenz, die den Vorsitz des Vereins seit Juli 2023 in der Nachfolge von Andrea Müller-Battermann innehat. „Wir wollten einen Ort begründen, an dem man etwas Wärme und Verständnis für die eigene Ausnahmesituation erfahren kann.“ Vor allem aber sollte man dort, so Stenz, „über den Tod und andere, viel zu oft nur weg geschwiegene Tabu-Themen“ offen sprechen können. „Es gibt zum Beispiel auch jede Menge Gesprächsbedarf über die passende Bestattungsform“, erklärt Müller-Battermann, die auf dem Nordfriedhof neben der Erdbestattung andere Bestattungsarten, wie etwa die Beisetzung im Urnengrab und die Verstreuung im Wind erläutern kann. „Man will diskutieren und seine Ängste und Sorgen ausdrücken und thematisieren können.“ Den passenden Ort dafür entdeckte das Team um Müller-Battermann dann gleich im Eingangsbereich des Siegburger Nordfriedhofs, im rechten Teil der Trauerhalle. Aus den vielen (Trauer-)Gesprächen, die sie bis dahin bereits geführt hatte, wusste die Beamtin, dass die Räume für den Redebedarf „bei Kaffee und Kuchen einfach mehr Anklang“ finden würden.

Bereits sechs Jahre nach Gründung folgte der Eintrag ins Vereinsregister, welcher sich nun bereits zum achten Mal jährt. Seitdem bereichert das Café T.O.D. den Friedhof und ist zu einer regelrechten Institution geworden.

Das Erfolgs-Geheimnis: Jeder bringt sich auf eine eigene Art und Weise ein. Die Eine spendete ihr Kaffee-Service fürs Café, eine andere gab die eigene Wohnzimmer-Sitzgruppe als Kaffeehaus-Inventar und eine Dritte kam ständig mit eigenen Rezepten und selbstgebackenem Kuchen zu den Sonntags-Treffen. „Verkaufen dürfen wir als gemeinnütziger Verein natürlich nichts“, sagt die Vorsitzende. „Wir freuen uns aber, wenn man unser Engagement mit einer kleinen Spende unterstützt, denn jeder soll nur das geben, was er kann oder möchte.“

Selbst Theater sollte es auf dem Friedhof geben. Mit Texten über das Leben und Sterben verpflichtete Cafe T.O.D.-Vorstands-Mitglied Sabine Elze junge Absolventen der Siegburger Theaterschule zu mehreren Aufführungen im Michaelsgarten. Prominente Namen, wie der Kabarettist Konrad Beikircher oder Rolly Brings, Vater der Kölner Brings-Brüder, sorgten dann für großes Besucher-Interesse im Café T.O.D. Aber auch die leisen Töne kamen gut an. So holte Uschi Stenz den Philosophen Rüdiger Kaun zu einem philosophischen Vortragsabend ins Café, wo er genauso wie Konrad Beikircher über die Frage, ob man auf einem Friedhof auch lachen dürfe, rheinisch philosophierte. Am Ende des Abends waren sich alle gemäß ihres Mottos einig, dass man über Tabus sogar diskutieren müsse.



Der Stamm der Ehrenamtler wächst derweil beständig und das Tabu, über traurige Themen an der Kaffee-Tafel zu sprechen, wird nun fast jeden Sonntag in und vor der Trauerhalle gebrochen. Die wohlthuende Atmosphäre und die immer häufiger stattfindenden künstlerischen Veranstaltungen (Lesungen, Konzerte und literarische Spaziergänge)

werden von den Friedhofsbesuchern mit Zustimmung wahrgenommen, denn schon bald kamen auch die ersten Café-Gäste ohne akuten Trauerfall. „Das war uns wichtig. Jeder ist bei uns willkommen“, sagt Stenz.

Seit Frühjahr 2023 wagt sich das Café T.O.D. nun an ein weiteres, spannendes Thema mit englischem Titel: Hinter der Bezeichnung „urban gardening“ verbirgt sich die Idee, im städtischen Raum zu gärtnern. Die soziale Komponente der öffentlichen Gartenarbeit liegt auf der Hand: Die Früchte der Ernte sollen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Der Umweltausschuss der Stadt Siegburg bewilligte den engagierten Hobby-Gärtnerinnen eine Förderung. Damit wurden sodann Saatgut und Pflanzen gekauft und zwei



Hochbeete angeschafft. Nun erlebt man die Ehrenamtlerinnen vom Café T.O.D. beim Pflanzen, Säen und Harken rund um die Trauerhalle auf dem Nordfriedhof. In Hochbeeten wird man

demnächst Kräuter und Salat ernten können und am Wegesrand werden Obst-Bäume mit BUND-Unterstützung von den Ehrenamtlerinnen gepflanzt. Ob die Obst-Bäume auf dem Friedhof einen Tabu-Bruch darstellen, mag dann jeder für sich allein empfinden. Wachsen sollen dann jedoch nur alte, vom Aussterben bedrohte Birnensorten, wie die Rheinische Speckbirne oder die Gute Luise. Besonders gefallen hat den Ehrenamtlerinnen dabei der literarische Bezug zum wohl bekanntesten Gedicht Theodor Fontanes: „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ erzählt die Geschichte eines adligen Gutsherrn, der den Kindern seines Dorfes jedes Jahr Birnen schenkt. Als er verstirbt, lässt er sich mit einer Birne in der Hand beerdigen. Aus ihren Kernen wächst ein Birnbaum. So kann er den Kindern, die an seinem Grab vorbeikommen, über seinen Tod hinaus eine Birne schenken.

Dr. Susanne Haase-Mühlbauer, Stellv. Bürgermeisterin der Kreisstadt Siegburg
(Alle Fotos: Café T.O.D.)

Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten des Café T.O.D. auf dem Siegburger Nordfriedhof findet sich im aktuellen Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises zum Thema Ehrenamt im Rhein-Sieg-Kreis.

Informationen zu Öffnungszeiten, Terminen und Veranstaltungen im Café T.O.D. auf dem Nordfriedhof in Siegburg gibt es unter cafetod.de.

Studienfahrt der Senioren-Union Niederkassel nach Mainz und Wiesbaden



(Foto: SenU Niederkassel)

Bei anfänglich bedecktem Himmel startete die Senioren-Union Niederkassel im Rahmen ihres kultur- und sozialpolitischen Fahrten-Programms mit 21 Teilnehmenden eine Reise nach Mainz, Wiesbaden und Eltville.

In Mainz angekommen, erläuterte die Stadtführerin humorvoll die zweitausend-jährige Stadtgeschichte, beginnend mit der Gründung als römische Festungsstadt. Über die von Stadtbaumeister Eduard Kreyßig als Prachtboulevard konzipierte Kaiserstraße, vorbei an der prachtvollen, im Renaissance-Stil erbauten Christuskirche und dem aus den Fastnachtsveranstaltungen bekannten Kurfürstlichen Schloss fuhr der Bus über die Theodor-Heuss-Brücke kurz nach Mainz-Kastell und zurück in die Innenstadt.

Am Schillerplatz wurden den Teilnehmenden das Schillerdenkmal, die Entstehungsgeschichte des Fastnachtsbrunnens mit der Bedeutung der Fastnachtsgarden als Persiflage auf die Obrigkeit sowie das Palais Osteiner Hof erläutert.

Danach ging es zu Fuß zur Pfarrkirche Sankt Stephan mit dem berühmten Chagall-Fenster, dann zum Dom und zum Liebfrauenplatz am Gutenberg-Museum. Der Tag klang bei einer Weinprobe aus, bei der Vorsitzende der Kreis-Senioren-Union Wiesbaden ebenfalls zu Gast war. Der nächste Tag galt dem ebenfalls römisch geprägten Wiesbaden. Die Römer schätzen die heißen Quellen des Ortes. Das Schiersteiner Schloss und die bekannte orthodoxe Kirche auf dem Römerberg waren erste Anlaufpunkte.

Die folgende Besichtigung der Innenstadt zu Fuß führte die Besucherinnen und Besucher vorbei an der berühmten „Größten Kuckucksuhr der Welt“ weiter zum 1907 erbauten Kurhaus, das im 20. Jahrhundert zum „Treffpunkt der Großen der Welt“ wurde.

Wichtiger Bestandteil des Programms war das Treffen mit Vertretern der Kreis-Senioren-Union Wiesbaden und des Stadtparlaments zu politischen Gesprächen. Der Kreisvorsitzende Wilhelm Vogel begrüßte die

Teilnehmenden, u.a. den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayr, die CDU-Fraktionsvorsitzende Daniela Georgi und den Fraktionsgeschäftsführer Daniel Butschan. Es wurden die Situation nach den Hessischen Kommunalwahlen im Jahre 2021 in Wiesbaden dargestellt und die derzeitige Lage in Niederkassel. Ein Gegenbesuch der Wiesbadener Senioren-Union in Niederkassel wurde ins Auge gefasst und vereinbart. Den Tagesabschluss bildete ein Abendessen im Weinhaus Wilhelmi in Mainz.

Der Zwischenstopp am Kloster Eberbach beendete tags darauf das Programm einer erfolgreichen Studienreise. Wer Interesse an den Aktivitäten der Senioren-Union Niederkassel hat, kann sich gerne beim Vorstand unter 0163 4002461 informieren.

Text: Volker Hofmann

Bedürfnisse der Älteren stehen vielfach für die Wünsche Jüngerer

Den Welttag der älteren Menschen hat die Senioren Union Bad Honnef dazu genutzt, mit Bad Honnefer Bürgern in der Fußgängerzone am Samstagmorgen ins Gespräch zu kommen. Wärmende Herbstsonne brachte gute Laune und Bereitschaft zum Gespräch. Viele Ältere waren unterwegs, eine nicht unerhebliche Anzahl von ihnen mit Rollator.



(Foto: SenU Bad Honnef)

So war es auch nicht verwunderlich, dass das Thema der unebenen Fußwege immer wieder angesprochen wurde. Mit dem Rollator durch die Stadt zu gehen, bedarf bei holprigem bzw. unebenem Untergrund offensichtlich nicht nur einer recht großen Kraftanstrengung, auch die Sturzgefahr ist beängstigend. Der Wunsch nach öffentlichen Toiletten bzw. nach Toiletten mit erhöhtem Sitz und evtl. Haltegriffen, z.B. in den Cafés, kam ebenso zum Tragen, wie der Wunsch nach mehr Sitzgelegenheiten,

insbesondere werden ganz generell Bänke in der Stadt vermisst, nicht nur in der Innenstadt.

Für eine Stadt mit einem hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren, sind diese Anliegen nicht erstaunlich. Sie werden auch wiederkehrend vorgetragen, viel ändert sich nicht. Wer junge Eltern - ein Kind an der Hand, ein zweites im Kinderwagen - nach diesen Themen fragt, erhält eine vergleichbare Wunschliste. Es betrifft allerdings auch junge Leute, die z.B. durch Unfall vorübergehend mobilitäts-eingeschränkt sind. Das wenigstens sollte die Verantwortlichen doch aufhorchen lassen.

Susanne Langguth, Vorsitzende SenU Bad Honnef

Besuch der Kölner Synagoge

Eine Gruppe der Stadtvereinigung Siegburg der Senioren-Union der CDU startete am Mittwoch, dem 12. Juli 2023, zu einem Ausflug nach Köln. Geplant war nach dem Besuch der neuen Moschee in Köln Ehrenfeld vor einigen Jahren nun auch die große Synagoge in der Roonstraße in Köln im Stadtteil Neustadt-Süd gegenüber dem Rathausplatz zu besuchen.

Auch in der Kölner Synagoge ist Sicherheit ein Thema. Vor allem die Anschläge auf Synagogen in Bonn und Münster haben dazu geführt, dass die Polizei in Köln das jüdische Gotteshaus stärker schützt. Schon bei der Anmeldung unseres Besuches wurden wir von der Synagogen-Gemeinde gebeten, im Voraus in Form einer Liste die Teilnehmer jeweils mit Nachname, Vorname, Geburtsdatum und -ort zu benennen. Wie alle Besucher musste sich auch unsere Gruppe vor dem Betreten des Synagogen-Gebäudes mit Personalausweis registrieren lassen und anschließend eine Sicherheitsschleuse durchlaufen.



Von Frau Bugaeva wurden wir empfangen, die uns zuerst in das kleine Museum mit Schaukästen führte. Wir erfuhren, dass die jüdische Ge-

meinde der Stadt die älteste ist, die nördlich der Alpen urkundlich belegt ist. Erstmals erwähnte der römische Kaiser Konstantin in einem Edikt aus dem Jahr 321 eine jüdische Gemeinde in Köln. Die Juden konnten in Köln leben, bis sie 1423 vom Rat der Stadt verwiesen wurden. Erst unter französischer Besatzung durften sie 1798

zurückkehren. In den folgenden Jahrzehnten wurden in Köln mehrere Synagogen gebaut. 1861 wurde in der Glockengasse die Kölner Haupt-Synagoge errichtet, die aber schon 30 Jahre später für die inzwischen auf 10.000 Mitglieder angewachsene jüdische Gemeinde nicht mehr ausreichte. So wurde durch die Kölner Architekten Emil Schreiterer und Bernhard Below eine neue große Synagoge in der Roonstraße gebaut. Vor der NS-Zeit hatte Köln mit rund 18.000 Mitgliedern die fünftgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. In der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 wurden alle sieben Synagogen in Köln von den Nationalsozialisten zerstört bzw. verwüstet.



Eine kleine Gruppe Überlebender gründete 1945 eine neue jüdische Gemeinde. Fast erschien es sinnlos, die in der Progromnacht verwüstete und in Brand gesetzte Synagoge in der Roonstraße neu zu errichten. Doch gerade der 1. Bundeskanzler und ehemalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer setzte sich besonders für den schnellen Wiederaufbau der Synagoge in der Roonstraße ein. Auf die Frage damals, wovon denn die wenigen Überlebenden der Shoa wieder eine Synagoge aufbauen sollen, soll Konrad Adenauer geantwortet haben: „Dat lassen Sie mal meine Sorge sein!“. So kamen Finanzmittel auch vom Land Nordrhein-Westfalen. Unter Leitung des Architekten Helmut Goldschmidt wurde innerhalb von zwei Jahren das neue Gebäude errichtet. Der Architekt hielt beim Wiederaufbau im Wesentlichen am Aussehen des alten Baus fest. Am 20. September 1959 konnte die Synagoge in der Roonstraße wiedereröffnet werden. So haben nun schon über 1700 Jahre hinweg jüdische Einwohner den Aufstieg Kölns mitgeprägt. Inzwischen ist Köln mit rund 5.000 Mitglieder eine der größten

jüdischen Gemeinden in Deutschland. Das Gebäude in der Roonstraße verfügt heute über ein koscheres Restaurant, eine Bibliothek, ein kleines Museum, ein Jugendzentrum, eine Mikwe, kleinere Gebetsräume und einen Festsaal.

Nach diesen vielfältigen Informationen ging es weiter in den 1. Stock in die Gedenkhalle für die durch Nationalsozialisten ermordeten 11.000 jüdischen Kölner Mitbürger. Eine Gedenktafel erinnert mit den Worten: „Der du diese Halle betrittst - verweile in stillem Gedenken an die über Sechsmillionen unschuldig ermordeten Schwestern und Brüder“.



Noch ein Stockwerk höher und wir befanden uns im großen Gebetsraum im Bereich der Frauen auf der Empore mit 600 Sitzen, für die Männer unten gibt es 800 Sitze. Hierzu gab es gleich Fragen: Warum beten Männer und Frauen getrennt?

Ein jüdisches Gotteshaus ist unterteilt in einen Bereich für Männer und einen für Frauen. Der Grund hierfür ist, so wurde uns erklärt, damit Frauen ihren häuslichen Aufgaben nachgehen können, sie sitzen hinten oder - wie hier - oben, können also auch zwischendurch oder früher gehen. Die Abtrennung soll die „Ablenkung“ vom Gebet verhindern und zudem einer Regel der Thora gerecht werden. „Männer sind zum Gemeinschaftsgebet verpflichtet“, so wurde uns erklärt, „Frauen sind davon befreit. Sie sind herzlich willkommen, müssen aber nicht kommen.“! Findet der Gottesdienst am Schabbat, also ab Freitagabend oder am Samstag, statt, so sollte auch jeder Besucher vorher wissen, dass im orthodoxen Judentum jede „produktive Arbeit“ am Schabbat verboten ist. Das reicht vom Autofahren zur Synagoge bis hin zum Bedienen des Lichtschalters auf der Toilette. Sogar Mitschreiben im Gottesdienst ist verboten, denn das gilt als „produktive Arbeit“. Was das Licht betrifft, so regeln die meisten jüdischen Gemeinden das längst mit Zeitschaltuhren.

Es gab noch viele Fragen, wie z.B.: Bar Mitzwa auch für Mädchen - kann man zum jüdischen Glauben konvertieren - gibt es im Judentum etwas ähnliches wie die Taufe im Christentum - sind die Gottesdienste gut besucht - ist auch in Köln der Antisemitismus spürbar u.v.m.

Alle Fragen wurden kompetent durch Frau Bugaeva beantwortet und nach fast zwei Stunden endete der überaus informative Besuch in der Kölner Synagoge.

Zum Abschluss unseres Köln-Ausfluges ging es nach Köln-Rodenkirchen in das direkt am Rhein gelegene Brauhaus „Quetsch“, um das Gehörte und Gesehene in der Synagoge Revue passieren zu lassen. Bei guten Gesprächen, leckeren Getränken und gutem Essen ließen wir den interessanten Nachmittag ausklingen.

Text und Fotos: SenU Siegburg

Michael Mertes spricht zu „75 Jahre Israel“



(Foto: SenU Wachtberg)

„Ein Land in permanentem Umbruch“ titelte Staatssekretär a.D. und Mitglied der Wachtberger Senioren-Union Michael Mertes seinen Vortrag zum 75-jährigen Bestehen des Staates Israel.

Er weiß, wovon er spricht: Von 2011 bis 2014 leitete er das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem und verfolgt seit jeher die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Staates Israel.

„Der Nahe Osten war schon immer Schauplatz intensiver Konkurrenz. Israel liegt – um es plastisch auszudrücken – in einer der aktivsten Erdbebenregionen der Welt. Konkurrenz, Gewalt, Feindseligkeiten in den Ländern um Israel herum, sind an der Tagesordnung“, eine der Feststellungen des Referenten. Die aktuelle politische Krise unter Netanyahu sieht Mertes als die größte Gefährdung für das Land. Der gravierende Verfassungskonflikt spaltet die israelische Gesellschaft von innen. Geschichtliche Hintergründe, religiöse Ausrichtungen (konservativ / säkular / orthodox u.a.) und auch demographische Entwicklungen spielen dabei eine große Rolle.

Gastgeber Dr. Dieter Braun freute sich über das große Interesse der Teilnehmer und bat Michael Mertes um einen baldigen nächsten Besuch bei der Senioren-Union Wachtberg.

(Anmerkung: Der Vortrag fand vor dem Überfall der Terrororganisation Hamas am 7.10.23 statt.)

Umweltschutz - sachlich und fundiert



(Foto: SenU Alfter)

In einer Info-Veranstaltung - moderiert von Frau Ursula Tschiersch - wurde der Senioren Union Alfter (Vorsitzende Frau Brigitte Schächter) zum Thema „Umweltschutz - sachlich und fundiert“ vielfältiges Wissen vermittelt.

Frau Brigitte Schächter begrüßte besonders den neuen Vorsitzenden der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises, Herrn Dr. Dieter Braun, die Ortsvorsteherin von Gielsdorf, Frau Elke Thomer sowie die beiden Referenten, Baron Geyr zu Schweppenburg zum Thema Wald und Holz sowie den ehemaligen Präsidenten der Landwirtschaftskammer NRW, Herrn Johannes Frizen, zum Thema Landwirtschaft.

Ausgehend von der Tatsache, dass von der Gesamtfläche in Deutschland rund 50% landwirtschaftlich genutzt werden sowie etwa 30% der Gesamtfläche Wälder sind, wurden die Dimensionen der landwirtschaftlichen sowie der forstwirtschaftlichen Aktivitäten für die Natur, unsere Umwelt und die Menschen erkennbar. Dabei standen sowohl die positiven als auch die möglichen negativen Auswirkungen im Mittelpunkt. Gleichzeitig zeigten die Referenten auch die vielfältigen, oft sehr komplexen verwaltungstechnischen Forderungen und ihre Zwänge für die land- und forstwirtschaftliche Praxis auf.

Baron Geyr zu Schweppenburg stellte fest, dass in den letzten fünf Jahren Mitteleuropa in eine veränderte Klimazone gelangt ist mit mehr Dürre und Trockenheit und auch mit Schlagregen. Daher haben sich die Anforderungen an die Natur und den Wald deutlich verändert. Dies übt auf die Forstwirtschaft einen erheblichen Anpassungsdruck aus. Dabei ist zu beachten, dass es leider keine einfachen Lösungen gibt und die heutigen Entscheidungen erst in der weiteren Zukunft sicher zu bewerten sind.

Herr Johannes Frizen befasste sich schwerpunktmäßig mit den lokalen Themen: Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückstände im Trinkwasser, insbesondere mit dem Wasserwerk in Volmershoven, Insektensterben sowie Methan-Emissionen durch Wiederkäuer. Auch wies er auf positive Erfahrungen mit dem ökologischen Landbau und dem Naturschutz hin.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Senioren-Union Alfter waren von diesem informativen Überblick

zu aktuellen Themen des Umweltschutzes im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sehr beeindruckt und positiv angetan.

Besuch der Ausstellung in der Bundeskunsthalle: „Wer wir sind - Fragen an ein Einwanderungsland“

„Wer wir sind - Fragen an ein Einwanderungsland“
Senioren-Union Alfter besucht eine Ausstellung der Bundeskunsthalle in Bonn.

Wie entsteht das „Wir“ in einer Gesellschaft? Gelingt dies nur über die Abgrenzung zu „den Anderen“? Ist es möglich, in unserer Gesellschaft zu einem gemeinsamen und umfassenden „Wir“ zu gelangen?

Die Ausstellung „Wer wir sind“ stellt kritische Fragen an Deutschland als Einwanderungsland. Ein Begriff, gegen den sich die Politik lange gewehrt hat und der inzwischen selbstverständlich sein sollte. Migration ist heute kein Sonderfall - sie ist häufig der Normalzustand zu jeder Zeit und überall auf der Welt. Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung sind heute jedoch Alltag für Menschen, denen die Zugehörigkeit zum „Wir“ abgesprochen wird. Ihre Wege sind gekennzeichnet von Widerständen, aber auch von Erfolgen.

Antworten auf solche Fragen und viele weitere Informationen bekamen neun Damen und Herren der Senioren-Union Alfter unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Frau Brigitte Schächter bei einer Führung durch die Ausstellung „Wer wir sind - Fragen an ein Einwanderungsland“ in der Bundeskunsthalle in Bonn.

Die Ausstellung schaut auf die Strukturen unserer Gesellschaft. Sie beginnt vor etwa 70 Jahren mit dem Thema „Gastarbeiter“ (zuerst aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) und sucht Antworten auf Fragen zu vielen Problemen und Schwierigkeiten der Migration und auch der Integration bis in die Gegenwart. Am Ende der Ausstellung wird das Thema „Deutsche Kolonien in Afrika“ und der Umgang mit den dort lebenden Menschen aufgegriffen.

„Wer wir sind“ schaut auf die Strukturen unserer Gesellschaft. Wer darf mitreden und mitbestimmen? Wem wird der Zugang zu Räumen und Ressourcen verwehrt oder ermöglicht? Wer spricht in Politik und Medien – und wer wird besprochen? „Wer wir sind“ wirft einen Blick auf die Errungenschaften wie auch auf die Hürden im Ringen um ein gleichberechtigtes Miteinander.

NRW-Ministerin für Kultur und Wissenschaft Ina Brandes in Wachtberg



*MdB Dr. Röttgen, Ministerin Ina Brandes, Dr. Braun
(Foto: SenU Wachtberg)*

Nach einem Besuch des Fraunhofer Institutes in Wachtberg stellte sich Frau Brandes in Begleitung von MdB Dr. Norbert Röttgen und MdL Jonathan Grunwald einer zweistündigen Diskussion mit Wachtberger CDU-Mitgliedern, viele davon auch Mitglieder der Senioren-Union Wachtberg.

Gelegenheit für den Kreisvorsitzenden der Senioren-Union, Dr. Dieter Braun, auch wissenschaftliche Themenkomplexe anzusprechen, welche die ältere Bevölkerung in besonderem Maße tangieren.

Künstliche Intelligenz, welche die Symptome von Alzheimer früh erkennt, robotergestützte Pflege und viele andere Themen können älteren Menschen erlauben, möglichst lange auch im heimischen Umfeld zu leben.

Das Land NRW hat viele solcher Projekte im Rahmen des Forschungskolleg GROW (Gerontological Research on Well-Being) gefördert und will dies auch weiter tun. Manche Projekte stehen kurz vor der Praxistauglichkeit. Gute Nachrichten.

Weitere Beiträge aus den Ortsvereinigungen finden Sie unter: <https://www.senu-rsk.de/aktuelles>

Anmerkung der Redaktion:

„Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für diese Beiträge übernimmt die Redaktion auch keine Verantwortung.“

Impressum:

Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion: Dr. Dieter Braun, Marga Basche

Beiträge an: Dr. Dieter Braun,
Auf dem Äckerchen 8,
53343 Wachtberg

V.I.S.P.: Dr. Dieter Braun